

Nachlese „Autoren am Puls der Zeit“ am 20. April 2010

„Der Euro könnte eine Chance haben“

Der Währungsexperte Prof. Dr. Wilhelm Hankel in der Reihe „Am Puls der Zeit“ der Lorenz Systemhaus-Gruppe

Die deutsche Sprache ist facettenreich. Etwa dann, wenn Wilhelm Hankel zum Konjunktiv II greift. „Der Euro könnte eine Chance haben“, sagt der Währungsexperte, macht eine Pause und wirft den Gästen im Frankfurter Lorenz-Zentrum einen Blick zu, der alle Bedeutungen dieses Satzes aufscheinen lässt.

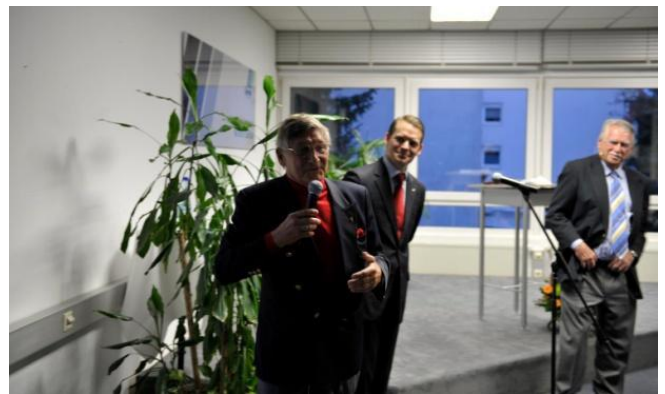


Die Erste mag jene überraschen, die den Wirtschaftswissenschaftler in unzähligen Talkshows als Kämpfer für die D-Mark erlebt haben. Wie er nun aber selbst sagt, hält er einen Erfolg der europäischen Währungsunion für möglich.

Hankel ist, wie ihn Gastgeber Raoul A. Lorenz vorstellte, immer noch ein „Kritiker des Euro“, aber nicht – oder nicht mehr – dessen kategorischer Gegner. Doch im „könnte“ des Satzes schwingen neben der Möglichkeit auch die Bedingungen dafür und der unüberhörbare Zweifel mit: Eine Chance hätte der Euro nach Hankels Meinung nur, wenn aus dem drohenden Staatsbankrott Griechenlands die richtigen Lehren gezogen würden.

Die LORENZ Systemhaus-Gruppe und deren Gründer Heinz-Jürgen Lorenz hatten bei der Einladung des Währungsexperten zu der Reihe „Autoren am Puls der Zeit!“ wieder einmal einen Sinn fürs Timing.

Hankel spricht just am Vorabend einer Pressekonferenz, auf der er eine Verfassungsbeschwerde offiziell ankündigt. Zusammen mit drei anderen Professoren, mit denen er schon gegen den Maastrichter Vertrag und gegen die Einführung des Euro geklagt hatte, will er gegen die geplanten Finanzhilfen für Griechenland vorgehen.



Seine Motivation erläutert er den Gästen der Lorenz-Gruppe schon vorab. Es ist die Sorge um die Stabilität Europas – nicht nur in finanzieller und ökonomischer, sondern auch in politischer Hinsicht.



„Die beste und edelste Begründung der europäischen Integration ist, dass es in Europa nie wieder Krieg geben darf“, sagt Hankel und fügt sogleich an, dass diese Einigung nicht über den Euro erreicht werden könne.

Nationen wüchsen über politische Verträge zusammen, über Völkerrecht, aber nicht über die Währung. Diese gehöre zum einzelnen Staat, der für ihre Stabilität im Interesse seiner Bürger verantwortlich sei. Der Euro aber habe einige Mitgliedsländer dazu verführt, „bequem auf Kosten anderer zu leben“. Griechenland und andere Staaten wie Portugal oder Spanien hätten Schulden machen können, ohne dass dies durch die Angst vor einer Währungsabwertung gebremst worden wäre. In stabilen Ländern wie Deutschland wiederum habe die verdeckte Inflation zu einem „Exportwahn“ in den Mittelmeerraum geführt. Mit dem nun geplanten Hilfspaket wäre nach Meinung Hankels weder dem Euro noch Griechenland gedient. Kredite der EU würden nur dazu führen, „dass Schulden durch neue Schulden ersetzt werden“. Zusammen mit ähnlichen Krisen in größeren EU-Ländern könne dies zur Instabilität der Gemeinschaftswährung führen.

Mit Blick auf historische Wirtschaftskrisen, wie die nach dem Schwarzen Freitag, sei eine solche Situation auch eine Gefahr für das Rechtssystem und den Sozialstaat. Während also den anderen Euro-Ländern der Verlust der Stabilität drohe, führten die strikten Sparvorgaben in Griechenland zur Verarmung, was auch dort soziale Unruhen auslösen könnte. Die einzigen Profiteure von Finanzhilfen wären nach Hankels Ansicht diejenigen, die dem maroden Griechenland seit Jahren Kredite gegeben hätten. „Die Banken müssten für das eintreten, was sie angerichtet haben.“

Doch es gibt für Hankel – um wieder zur optimistischen Dimension seines „könnte“ zu kommen – auch einen Ausweg aus der Krise und einen Aufbruch zu einer langfristig erfolgreichen Währungsunion. Voraussetzung sei der Austritt Griechenlands und der anderen – wie er sie nennt – „Club Med“-Länder aus der Eurozone. Das bedeute keinen Ausschluss aus Europa, für das etwa Griechenland, die Wiege der Demokratie, unverzichtbar sei.



Aber die Währungsunion sollte sich nach Meinung des Ökonomen künftig auf den alten „D-Mark-Block“ beschränken, also jene Länder, in denen schon vor dem Euro feste Währungsverhältnisse herrschten: Deutschland, die Benelux-Staaten, Dänemark und Österreich.

Matthias Trautsch - Redakteur der FAZ